Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8731**
16. Wahlperiode 08. 04. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Rainder Steenblock, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/6790 –

Klima- und umweltpolitische Herausforderungen der Hochseeschifffahrt

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, sich bei der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) und in der internationalen Klimaschutzpolitik einzusetzen für die Einbindung des Schiffsverkehrs in die Reduktionsverpflichtungen des Kyoto-Nachfolgeprotokolls; für internationale Ziele und praktikable Verfahren zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im internationalen Schiffsverkehr sowie für die Prüfung marktbasierter Instrumente (wie etwa Emissionshandel); für die Erarbeitung von Grundlinien über die Klimaauswirkungen der weltweiten Schiffsflotten; für ein Ende der Rückstandsölnutzung; für die Ausweitung des SECA-Programms auf Gebiete mit starkem Schiffsverkehr im Mittelmeer, an der Pazifikküste und im Nordatlantik sowie für die Absenkung des Schwefelgehalts der Kraftstoffe in bereits bestehenden SECA-Gebieten von 1,5 Prozent auf 0,5 Prozent; für weltweit verbindliche Abgasnormen für Schiffe und deren regelmäßige Verschärfung sowie für eine langfristige Angleichung an die Werte der Straßen-Dieselkraftstoffe; für die Möglichkeit, regionale Grenzwerte in Küstenregionen, auf Binnenwasserwegen und in Häfen festzulegen; für weltweite Normen für die Landstromversorgung von Schiffen während der Hafenliegezeit; für weltweite Vorschriften für eine an der Ökoeffizienz orientierten Richtgeschwindigkeit für Schiffe; für einen international anwendbaren Umweltindex, der die Umweltverträglichkeit von Schiffen bewertet; für die Förderung alternativer Antriebe mit erneuerbaren Energiequellen. Weiterhin soll die Bundesregierung nach dem Antrag aufgefordert werden, auf EU-Ebene einzutreten für die Festlegung verbindlicher Klimaschutzziele und -maßnahmen; für eine rasche Einigung auf eine gemeinsame Position der 27 EU-Mitgliedstaaten, um im Rahmen der IMO Vorschläge zur Einbeziehung des Schiffsverkehrs in das Klimaschutzregime zu unterbreiten; für die Vorlage einer EU-Richtlinie zur Eindämmung der Schiffsemissionen für den Fall, dass es in der IMO nicht gelingt, ein Instrument auf den Weg zu bringen; für die Einführung strenger Grenzwerte für Emissionen von Schwefel- und Stickoxiden, Feinstaub und Ruß sowie Treibhausgasen in EU-Gewässern sowie

dafür, analog dem Kfz-Verkehr verbindliche EU-Abgasnormen zu definieren; für die Anwendung des ab 2010 geltenden EU-Grenzwerts von 0,1 Prozent Schwefelgehalt für Treibstoffe, die während der Hafenliegezeit genutzt werden, auf alle Schiffe in europäischen Häfen; für ein EU-weites Verbot für die Verwendung von Abfallstoffen aus Raffinerien; für die Einführung von nach Emissionen gestaffelten Befahrungsabgaben für alle europäischen Gewässer und Hafengebühren in allen europäischen Häfen; für eine Anwendung des Verursacherprinzips für Schiffsemissionen; für Anreize für Schiffsbetreiber, die sog. Clean-Shipping-Modelle auf der Basis erneuerbarer Energiequellen entwickeln und betreiben sowie für Anreizsysteme für Schiffsbetreiber, die mit Motorennachrüstung Emissionen reduzieren; für die Definition von EU-Zertifizierungsstandards für ein ökologisches und effizientes sog. Clean Ship. Zudem soll sich die Bundesregierung nach dem Antrag für eine verstärkte Forschungsförderung sowohl im Rahmen der EU als auch auf nationaler Ebene einsetzen, mit den Zielen der Schaffung eines European Clean Ship, der Förderung und Entwicklung von Technologien zur Verringerung des Schadstoffausstoßes sowie der Schaffung praktikabler Technologien und Standards für Landstromanschlüsse und der Entwicklung von Best-Practice-Modellen für die landseitige Stromversorgung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/6790 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold Vorsitzender	**Enak Ferlemann** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Enak Ferlemann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/6790** in seiner 136. Sitzung am 17. Januar 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich bei der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) und in der internationalen Klimaschutzpolitik einzusetzen für die Einbindung des Schiffsverkehrs in die Reduktionsverpflichtungen des Kyoto-Nachfolgeprotokolls; für internationale Ziele und praktikable Verfahren zur Reduktion von Treibhausgasemissionen im internationalen Schiffsverkehr sowie für die Prüfung marktbasierter Instrumente (wie etwa Emissionshandel); für die Erarbeitung von Grundlinien über die Klimaauswirkungen der weltweiten Schiffsflotten; für ein Ende der Rückstandsölnutzung; für die Ausweitung des SECA-Programms auf Gebiete mit starkem Schiffsverkehr im Mittelmeer, an der Pazifikküste und im Nordatlantik sowie für die Absenkung des Schwefelgehalts der Kraftstoffe in bereits bestehenden SECA-Gebieten von 1,5 Prozent auf 0,5 Prozent; für weltweit verbindliche Abgasnormen für Schiffe und deren regelmäßige Verschärfung sowie für eine langfristige Angleichung an die Werte der Straßen-Dieselkraftstoffe; für die Möglichkeit, regionale Grenzwerte in Küstenregionen, auf Binnenwasserwegen und in Häfen festzulegen; für weltweite Normen für die Landstromversorgung von Schiffen während der Hafenliegezeit; für weltweite Vorschriften für eine an der Ökoeffizienz orientierten Richtgeschwindigkeit für Schiffe; für einen international anwendbaren Umweltindex, der die Umweltverträglichkeit von Schiffen bewertet; für die Förderung alternativer Antriebe mit erneuerbaren Energiequellen. Weiterhin soll die Bundesregierung nach dem Antrag aufgefordert werden, auf EU-Ebene einzutreten für die Festlegung verbindlicher Klimaschutzziele und -maßnahmen; für eine rasche Einigung auf eine gemeinsame Position der 27 EU-Mitgliedstaaten, um im Rahmen der IMO Vorschläge zur Einbeziehung des Schiffsverkehrs in das Klimaschutzregime zu unterbreiten; für die Vorlage einer EU-Richtlinie zur Eindämmung der Schiffsemissionen für den Fall, dass es in der IMO nicht gelingt, ein Instrument auf den Weg zu bringen; für die Einführung strenger Grenzwerte für Emissionen von Schwefel- und Stickoxiden, Feinstaub und Ruß sowie Treibhausgasen in EU-Gewässern sowie dafür, analog dem Kfz-Verkehr verbindliche EU-Abgasnormen zu definieren; für die Anwendung des ab 2010 geltenden EU-Grenzwerts von 0,1 Prozent Schwefelgehalt für Treibstoffe, die während der Hafenliegezeit genutzt werden, auf alle Schiffe in europäischen Häfen; für ein EU-weites Verbot für die Verwendung von Abfallstoffen aus Raffinerien; für die Einführung von nach Emissionen gestaffelten Befahrungsabgaben für alle europäischen Gewässer und Hafengebühren in allen europäischen Häfen; für eine Anwendung des Verursacherprinzips für Schiffsemissionen; für Anreize für Schiffsbetreiber, die sog. Clean-Shipping-Modelle auf der Basis erneuerbarer Energiequellen entwickeln und betreiben sowie für Anreizsysteme für Schiffsbetreiber, die mit Motorennachrüstung Emissionen reduzieren; für die Definition von EU-Zertifizierungsstandards für ein ökologisches und effizientes sog. Clean Ship. Zudem soll sich die Bundesregierung nach dem Antrag für eine verstärkte Forschungsförderung sowohl im Rahmen der EU als auch auf nationaler Ebene einsetzen, mit den Zielen der Schaffung eines European Clean Ship, der Förderung und Entwicklung von Technologien zur Verringerung des Schadstoffausstoßes sowie der Schaffung praktikabler Technologien und Standards für Landstromanschlüsse und der Entwicklung von Best-Practice-Modellen für die landseitige Stromversorgung.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/6790 in seiner 56. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 5. März 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 12. März 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag erstmals in seiner 56. Sitzung am 20. Februar 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, viele Forderungen aus dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien bereits Gegenstand der Verhandlungen auf Ebene der IMO bzw. auf Ebene der EU. Die Verhandlungen im Rahmen der IMO benötigten aufgrund der großen Zahl der beteiligten Länder viel Zeit, so dass man Geduld haben müsse. Schnellere Ergebnisse seien zwar wünschenswert, ließen sich aber nicht erreichen. Sie sei überzeugt, dass die Bundesregierung die Punkte, welche ihr wichtig seien, bereits in den Verhandlungen in ihrem Sinne berücksichtige. Daher sehe man die in dem Antrag enthaltene Aufforderung an die Bundesregierung nicht als erforderlich an und werde den Antrag ablehnen. Vor dem Hintergrund, dass einerseits die Auffassungen aller Fraktionen zu dieser Thematik nahe beieinander lägen und andererseits die Bundesregierung bereits an der Umsetzung vieler Anliegen vorbildhaft arbeite und man sie dabei als Bundestag unterstützen könne, befürworte sie jedoch den Vorschlag der Fraktion der FDP, sich mit dem Ziel zusammenzusetzen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte, dass der Antrag die Gelegenheit gebe, die darin angesprochenen wichtigen Themen im Ausschuss zu diskutieren. Sie dankte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die korrekte Darstellung der Problemlage. Dass man dem Antrag nicht zustimme, liege nicht an dessen inhaltlichen Aussagen, sondern daran, dass der Antrag die Bundesregierung zu etwas auffordern wolle, was diese bereits in Angriff genommen habe. Die Bundesregierung engagiere sich in Bezug auf die Thematik in hervorragender Weise, wofür sie ihr danke. In Meseberg sei die Einbindung der Seeschifffahrt in den Emissionshandel beschlossen worden und daran werde gearbeitet. Auch an der Reduzierung der Emissionen durch Seeschiffe werde in der IMO unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands gearbeitet. Man solle die Bundesregierung bei den Verhandlungen in der IMO unterstützen, damit eine weltweite Regelung über die Reduzierung der Emissionen durch Seeschiffe erreicht werden könne, da regionale Lösungen zu Ausflaggungen führen würden. Die Landstromversorgung werde seit langem von allen Fraktionen befürwortet, sie sei aber kein Allheilmittel.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie begrüße, dass der Antrag Aufgaben beschreibe, welche auf den verschiedenen Ebenen zu bewältigen seien und ein Bewusstsein für bestehende Probleme herstelle. Auch sie sehe die Probleme, welche sich insbesondere durch die Schwefelemissionen aus Schiffsmotoren ergäben. In diesem Bereich sei eine Verstärkung der Forschung notwendig, da es noch keine optimalen Lösungen gebe. Sie stimme mit dem Antrag aber nicht überein, wenn dieser eine Reduzierung der Emissionen in Analogie zum Straßenverkehr fordere. Die Chancen für die Reduzierung von Belastungen und die entsprechenden Umweltauflagen müssten sich an dem orientieren, was in dem jeweiligen Verkehrssektor möglich sei. Auch hinsichtlich der in dem Antrag entwickelten Vorstellungen über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der nationalen Ebene und internationalen Organisationen habe sie Bedenken. Der Antrag sei daher zwar im Grundsatz zu begrüßen, sie könne sich ihm aber nicht in allen Einzelheiten anschließen. Sie schlage vor, nach einer fraktionsübergreifenden Lösung zu suchen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, sie könne sich dem Antrag anschließen und sei erstaunt, dass die Fraktionen der CDU/CSU und SPD ihm nicht folgen könnten, da er vieles von dem beinhalte, was auch die Bundesregierung anstrebe. Die Seeschifffahrt müsse endlich einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und es sei bedauerlich, dass es diesbezüglich in der IMO in den letzten zehn Jahren keinen Fortschritt gegeben habe. Sie fordere, auch die Seeschifffahrt in das Kyoto-Nachfolgeprotokoll aufzunehmen. Der Schwefelausstoß der Seeschiffe müsse deutlich reduziert werden. Sie begrüße, dass sich die Bundesregierung für eine Reduzierung des Schwefelgehaltes auf 0,5 Prozent bis 2015 einsetze und dass langfristig eine Absenkung auf 0,1 Prozent angestrebt werde. Eine Beschleunigung dieser Maßnahmen sei wünschenswert, die Möglichkeiten dazu seien aber auf nationaler Ebene begrenzt. Sie sprach sich für eine Steuerbefreiung auf Landstrom aus und warf die Frage auf, wann diese endlich beschlossen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, die Schadstoffemissionen der Hochseeschifffahrt seien – auch vor dem Hintergrund ihres starken Wachstums – sehr hoch. Vor allem würden dort verschmutzte Treibstoffe eingesetzt, welche in keinem anderen Bereich mehr zugelassen seien. Man müsse aus Gründen des Klimaschutzes und des Umweltschutzes vor allem bei der Zusammensetzung der als Treibstoff genutzten Schweröle ansetzen, namentlich der Schwefelgehalt müsse reduziert werden. Ihre Forderung nach der Einführung von Grenzwerten in Analogie zum Kraftfahrzeugverkehr bedeute keine Übertragung der Werte für Kraftfahrzeuge auf die Seeschifffahrt, sondern es sei die Einführung von Grenzwerten mit einem bestimmten Zeitrahmen gemeint. Dass bereits im Rahmen von Verhandlungen über die Themen des Antrags gesprochen werde, spreche nicht gegen den Antrag, sondern man könne die Verhandlungen durch dessen Annahme fördern, weil damit deutlich werde, dass der Deutsche Bundestag hinter diesen Zielsetzungen stehe. Sie befürworte den Vorschlag der Fraktion der FDP Möglichkeiten für einen fraktionsübergreifenden Antrag zu suchen.

Die Beschlussfassung über den Antrag wurde im Hinblick auf die Bemühungen, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu erreichen, zurückgestellt.

In seiner 59. Sitzung am 12. März 2008 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Antrag abschließend beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU teilte mit, es sei kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zu erreichen gewesen, so dass über den Antrag nun abgestimmt werden solle.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauerte, dass kein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen zustande gekommen sei, obwohl alle Fraktionen das Anliegen des Antrags als berechtigt bezeichnet hätten. Ein gemeinsamer Antrag sei nicht möglich gewesen, weil die Fraktion der SPD auf dem Standpunkt stehe, man solle die Bundesregierung nicht zu etwas auffordern, was sie ohnehin tue. Dabei verkenne die Fraktion der SPD aber, dass die Bundesregierung auch dort, wo sie Initiativen ergriffen habe, noch nicht überall erfolgreich gewesen sei und dass die Bundesregierung durch einen fraktionsübergreifenden Antrag im Parlament bei den Verhandlungen unterstützt werde.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/6790 abzulehnen.

Berlin, den 19. März 2008

Enak Ferlemann
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333